

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 6

Artikel: Die BRD als Partner der NATO : MRCA und Fregatte 122 : Zeichen aggressiver Politik ; Die KSZE und das Weissbuch 1975/76
Autor: Stuckmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142568>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in Westeuropa, dann in Indochina und dem Rest der «freien Welt». Kosten dieser Bemühung waren zwei Kriege, nahezu eine Million amerikanischer und nicht-amerikanischer Toter, Hunderte von Milliarden Dollar Kriegsausgaben, mehrere Krisen, die haarscharf an einem 3. Weltkrieg vorbeiführten, weiter eine deutliche Minderung der Freiheit in der «freien Welt», und ein ausgesprochener Verlust an nationaler Sicherheit, werde sie nun an nuklearer Ueberlegenheit gemessen, oder an einem Gefühl nationalen Selbstvertrauens und Zukunftsglaubens. Der Nutzen, wie Schlesinger es ausdrücken dürfte, lag in der Erfüllung der amerikanischen historischen Bestimmung im 3. Viertel des 20. Jahrhunderts.

Bevor Amerikaner für weitere fünfundzwanzig Jahre eine Verpflichtung eingehen, (sign up), wozu sie aufgefordert werden, gerade von den Leuten, welchen selbst die ersten zögernden Schritte auf eine bloße Nicht-Eskalation zu viel sind; bevor sie unterschreiben, sagen wir, tun sie gut daran, zu überlegen, was die voraussichtlichen Kosten und der Nutzen sein werden. Die Kosten militärischer Investitionen der Vergangenheit und Gegenwart sind leicht zu berechnen in Form von Ausgaben und Errungenschaften, auf die man wird verzichten müssen, auf den Gebieten öffentlicher Gesundheit und Erziehung z. B. in Umweltschutz, Energieproduktion und -erhaltung, Erneuerung von Siedlungen und einer Menge anderer Programme, die alle in der Richtung einer Erhöhung nationaler Lebensqualität gehen. Was wäre der Nutzen genau betrachtet? Die Organisatoren eines amerikanischen Imperialismus sollen ihre Sache nicht in allgemeinen Phrasen, sondern im Detail konkret darlegen.

Inzwischen ist das kleine aber lehrreiche Exempel des Grand Forks Vorfalles sicher der Erinnerung wert. Dort war es also wo die Vereinigten Staaten acht Jahre lang buchstäblich 5,9 Milliarden Dollar verlockten.

Die BRD als Partner der NATO

MRCA und Fregatte 122: Zeichen aggressiver Politik

Die Entscheidung ist gefallen: das Mehrzweckkampfflugzeug MRCA, offiziell als «Panavia 200» bezeichnet, geht in Serie. Trotz vieler Proteste und Bedenken wird dieses Projekt, über das nahezu ein Jahrzehnt lang diskutiert wurde, in seinen gigantischen Ausmaßen realisiert. Helmut Schmidt sprach noch als Verteidigungsminister emphatisch davon, es sei «das größte technologische Projekt seit Christi Geburt».

Zur gleichen Zeit wird für die Bundesmarine ein neues Waffen-

system bekannt: die Fregatte 122. Auch sie ist wie das MRCA eine Mehrzweckwaffe, bestückt mit zwei mittleren bordgestützten Hubschraubern, ausgerüstet mit Seezielflugkörpern vom Typ Harpoon und Nahbereichsflugkörpern vom Typ Dual Mode, versehen ferner mit einer Leichtgewichtstorpedoanlage. Nach offiziellen Angaben soll sie den Nordseebereich schützen. «Im Rahmen ihres Auftrages in der Nordsee wird sie im Frieden, allein durch ihr Vorhandensein und ihre Einsatzbereitschaft, den notwendigen Betrag zur Abschreckung und Krisenbeherrschung leisten. Im Verteidigungsfall ist es unter anderem ihre Aufgabe, die Nutzung der Nordsee für eigene Zwecke sicherzustellen und ein wirkungsvolles Glied in der Verteidigungskette zwischen den NATO-Abschnitten Nord und Mitte zu bilden» (Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums vom 11. März 1976). Die Zukunft wird zeigen, ob es bei dieser Auftragsbestimmung bleiben wird. Beim MRCA-Projekt wurde der Auftrag im Laufe der Jahre immer neu und anders definiert.

MRCA — ein Atombomber?

Für das MRCA war der Planungsausgangspunkt, ein leichtes Kampfflugzeug zur Unterstützung des Heeres zu bauen. Doch bald schon sollte ein Flugzeugtyp geschaffen werden, der möglichst vielen Aufgaben gerecht werden könnte. So wurden 1967 dem MRCA sechs Funktionen zugeschrieben: Gesamtabriegelung — Bekämpfung der Luftstreitkräfte am Boden — Heeresunterstützung — Aufklärung — Erkämpfung der Luftüberlegenheit — Nuklearangriff.

Diese Funktionen wurden später laufend reduziert oder verändert. Die Aufklärung übernimmt der zu diesen Zwecken in den USA gekaufte Phantomjäger. Das Weißbuch 1973/74 schreibt dem MRCA als Aufgaben zu: Abriegelung des Gefechtsfeldes — Luftnahunterstützung des Heeres — Bekämpfung der Luftstreitkräfte am Boden — Bekämpfung feindlicher Angriffsspitzen bei Ueberraschungsangriff — bewaffnete Aufklärung. Aber es wird auch die «Abriegelung in der Tiefe» angeführt, wozu ein leichtes Kampf- und Abfangflugzeug nur wenig geeignet ist; diese Eignung hat eher ein schwerer Bomber. Im Weißbuch 1975/76 werden nur noch diese Aufgaben genannt, nicht mehr explizit, lediglich in Form einer Graphik: Kampf gegen feindliche Angriffsspitzen — Bekämpfung am Boden — Abriegelung des Gefechtsfeldes und wieder Abriegelung in der Tiefe. Ganz entfallen ist die Ursprungsidee von der Heeresunterstützung. Ist damit offen zu erkennen gegeben, daß das MRCA, jetzt vor der Serienfertigung, ein offensives Militärkonzept erfüllen soll? Zunächst jedenfalls deutet die Aufgabe der «Abriegelung in der Tiefe» darauf hin. Das ist eine strategische Zielsetzung.

Dabei verstößt die Bundesregierung allerdings gegen die Vereinbarungen mit der Westeuropäischen Union, nach denen die Bundesrepublik keine «Bombenflugzeuge für strategische Zwecke» herstellen darf.

Doch mit dem MRCA würde die BRD-Luftwaffe zum ersten Mal einen Langstreckenbomber erhalten. Darauf deuten viele Indizien und Untersuchungen hin. Das MRCA wird in Koproduktion mit Großbritannien und Italien hergestellt (die zunächst auch vorgesehenen Partner Niederlande, Belgien und Kanada sind schon vor Jahren aus dem Projekt ausgeschieden). Großbritannien will durch das MRCA seinen Vulcan-Bomber, der Nuklearwaffen trug, ersetzen. Aber auch Aussagen, das MRCA könne mehrere Stunden in der Luft bleiben, lassen den Charakter eines Langstreckenbombers erkennen. Zudem ist das MRCA bei der «Bekämpfung am Boden» für den nuklearen Einsatz vorgesehen (nach dem Weißbuch 1973/74).

Wenn dieses Projekt nun realisiert wird, wirft es ein klareres Licht auf die bundesrepublikanische Verteidigungspolitik als alle Verlautbarungen aus dem Kanzleramt und dem Verteidigungsministerium. Darum gilt noch heute und heute besonders, was schon vor zwei Jahren in der Kritik am MRCA-Projekt festgestellt wurde: «Wenn die Bundesregierung wirklich um Rüstungsminderung und fortgesetzte Entspannung bemüht ist, paßt ein Flugzeug mit der Eignung zum Atombomber über Fernstrecken nicht in dieses Bild. Im Gegenteil weckt das MRCA Befürchtungen, daß die BRD Phasen der Entspannung ausnutzt, um ihre militärischen Fähigkeiten entscheidend auszuweiten. Wegen seiner militärischen Mehrdeutigkeit ist das MRCA in der vorgeschlagenen Form kein nützlicher Beitrag zur Sicherung der Bundesrepublik.

Die am MRCA und an der Fregatte 122 ablesbare Strategie der Bundeswehr weckt Zweifel an der sonst bekundeten Politik der Friedenssicherung und der Entspannung. Sie muß bei anderen Staaten zu Befürchtungen und Vorsichtsmaßnahmen führen. Schon aus diesem Grund ist eine so angelegte Verteidigung kein Beitrag zur Konsolidierung der Sicherheit. Ganz im Gegenteil verbreitet sie Unsicherheit. Jedes MRCA-Flugzeug und jede Mehrzweckfregatte fördern die Eskalation der Rüstung und behindern die notwendigen Abrüstungsverhandlungen über die Truppenreduzierung in Wien ebenso wie über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) in Genf. Sollte das etwa die Absicht sein? Dann jedenfalls würde sich die Bundesrepublik von der in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Absichtserklärung distanzieren, die da lautet: «Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrerseits Interesse an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken.»

Die KSZE und das Weißbuch 1975/76

Nach der KSZE kann es eine qualitativ neue Sicherheitspolitik geben. Nicht mehr die militärische Komponente hat in ihr die Priorität, sondern die politische. Die bisher dominierende Konfrontation kann der allseitigen Kooperation weichen. Auf den in Helsinki nunmehr allgemein anerkannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz können neue, nicht mehr vom militärischen Kalkül bestimmte Beziehungen zwischen den Staaten Europas und Nordamerikas aufgebaut werden. Die Vergangenheit hat hinlänglich gelehrt, daß die nur militärisch gesuchte und definierte Sicherheit ein hohes Maß an Unsicherheit bewirkt.

Doch die offizielle bundesdeutsche Sicherheitspolitik, zuletzt im Weißbuch 1975/76 zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Entwicklung der Bundeswehr festgelegt, weist in die alte Richtung. Die KSZE scheint gar nicht stattgefunden zu haben, neue Chancen scheinen nicht gesichtet zu sein. Gleich unter Ziffer 2 wird apodiktisch postuliert: «Die Bundesrepublik Deutschland ist politisch, militärisch und wirtschaftlich in wechselseitige Abhängigkeiten einbezogen. Ihre äußere Sicherheit ist nur im westlichen Bündnis gewährleistet.» Damit werden neue Möglichkeiten sehr absolut geleugnet. Die NATO bleibt das einzig denkbare Koordinationssystem für die Sicherheit. «Die Mitgliedschaft in der NATO hat erste Priorität» (Ziffer 89). Aus dieser Haltung kann nur das Festhalten an der bisherigen Strategie folgen. «Das Festhalten am Bündnis ist eine Konstante der deutschen Außenpolitik» (Ziffer 92). So wird denn auch in Ziffer 3 unüberlesbar unterstrichen: «Die Sicherheitslage und die erkennbaren Tendenzen bestätigen die Notwendigkeit, das Bündnis und mit ihm die Fähigkeit zur Abschreckung und Verteidigung aufrechtzuerhalten.»

Die schon geschehenen und in Helsinki besiegelten Erfolge der Entspannung werden einfach nicht zur Kenntnis genommen. Für die offizielle Sicherheitspolitik sind die Bemühungen um Entspannung noch Zukunftsmusik. Gegenwärtig ist die angeblich überlegene militärische Kampfkraft des Warschauer Paktes. Darum wird vor der Abrüstung — im Gegensatz zur KSZE-Schlußakte — gewarnt. «Demgegenüber ist im Westen in einer Anzahl von Ländern Druck spürbar, die Verteidigungsanstrengungen zu vermindern.» Dem will die BRD gegensteuern. Sie fordert erhöhte Rüstungsanstrengungen, um ein «der Bedrohung entsprechendes Gegengewicht des Bündnisses» zu erhalten. Und immer wieder die Warnung vor der Entspannung: «Die NATO darf bei ihrer Entspannungspolitik erste Erfolge nicht überschätzen und — bedrängt von wirtschaftlichen Schwierigkeiten — daraus keine Rechtfertigung ableiten, in den Verteidigungsanstrengungen nachzu-

lassen» (Ziffer 28). Zu dieser Warnung gehört auch, daß kein Bild des von der KSZE geprägten Europa entworfen wird. Europa ist und bleibt für die bundesdeutsche Sicherheitspolitik das Kleineuropa der Konzerne. «Die Politik der europäischen Einigung ist Endpunkt deutscher Außenpolitik. Am Ende dieses Weges muß es eine europäische Außenpolitik geben und als Teil davon eine europäische Sicherheitspolitik» (Ziffer 105).

Besonders gefährlich ist es, wenn die KSZE-Schlußakte uminterpretiert wird. Das geschieht im Blick auf die DDR. Die Bundesrepublik bleibt bei ihrem illusionären Ziel, das ja dann auch Kampfziel der Bundeswehr ist, sich doch noch eines Tages die DDR einzugliedern. «Ihr Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangte» (Ziffer 136). Auch wenn die Formulierungen verhüllend sind und friedlich scheinen, ist ihr Sinn aggressiv. Wenn zudem die Ausrüstung mit Offensivwaffen wie dem MRCA vollzogen wird, ist Anlaß zu Befürchtungen gegeben. Politik und Rüstung sind hier deckungsgleich geworden, in jedem Fall liegen sie außerhalb der Entspannung.

Die Aggressivität bundesdeutscher Sicherheitspolitik wird durch die nukleare Planung bestätigt. Sie geht vom Erstsatz der nuklearen Waffen aus. Das ist in der beibehaltenen Doktrin der «Vorneverteidigung» angelegt, und es wird offen ausgesprochen: «Der taktische Ersteinsatz nuklearer Waffen muß so spät wie möglich, aber so früh wie nötig erfolgen, das heißt, daß die Doktrin der Vorneverteidigung Geltung behält . . .»

Dabei hat der nukleare Ersteinsatz Präventivcharakter. Der Gegner soll politisch zur Kapitulation gezwungen werden. «Ersteinsätze nuklearer Waffen sollen weniger eine militärische Entscheidung herbeiführen, als vielmehr politische Wirkung erzielen» (Ziffer 38). Die nukleare Planung schließt natürlich Offensivwaffensysteme ein. So kommt die Entscheidung für das MRCA- und Fregattenprojekt nicht von ungefähr. Sie ist Ausdruck bundesdeutscher Sicherheitspolitik, die die KSZE unterlaufen und Entspannung verhindern will.

Horst Stuckmann in «Neue Stimme», Mai 1976